

XXIV. GP.-NR

7622 /AB

15. April 2011

Der Bundesminister für europäische
und internationale Angelegenheiten

Dr. Michael Spindelegger

zu 7699 /J

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag.^a Barbara PRAMMER
Parlament
1017 Wien

15. April 2011

GZ. BMeiA-AT.90.13.03/0013-VII.4/2011

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Judith Schwentner, Kolleginnen und Kollegen haben am 17. Februar 2011 unter der Zl. 7699/J-NR/2011 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Finanzierung und Ausrichtung der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Der Betrag in Höhe von 16,8 Millionen Euro stellt die Kürzung des Budgets der Austrian Development Agency (ADA) für die Jahre 2011 und 2012 dar.

Der Kürzung des administrativen Budgets wird mit einem strikten Sparprogramm bei allen Ausgaben und Reduktion von Personal begegnet. So wurden in der Zentrale der ADA 2 Referate aufgelöst und deren Fachbereiche sowie die dafür zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter direkt den jeweiligen Abteilungsleitern unterstellt. Im Zuge der Umstrukturierungen wurden mit 1. März 2011 alle Förderungen für Nicht-Regierungsorganisationen in einer Abteilung zusammengefasst, um personelle Synergien besser nutzen zu können. Auch die bereits 2010 erfolgte Schließung der Koordinationsbüros in Kap Verde, Mazedonien und Montenegro findet im Budget ihren Niederschlag. Andere Maßnahmen sind: Kürzung des Budgets für Öffentlichkeitsarbeit, Einstellung des Minenaktionsprogramms, Schließung des Koordinationsbüros Bosnien und Herzegowina im Jahr 2011.

/2

Zu Frage 2:

Die ADA wird ihre Tätigkeit gemäß den Schwerpunkten des Dreijahresprogramms gestalten. Die Erreichung der Ziele ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, zu deren Erfüllung die ADA nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten beiträgt.

Zu Frage 3:

Über Förderungen für die Diplomatische Akademie und die Österreich Institut GesmbH im Jahr 2012 kann derzeit noch keine Aussage getroffen werden. Eine ODA - Anrechenbarkeit dieser Förderungen ist nicht zu erwarten.

Zu Frage 4:

Meine klare Vorgabe ist, dass Kürzungen der NRO-Mittel zu vermeiden sind.

Zu den Fragen 5 und 6:

Das grundsätzliche Bekenntnis zur Erreichung von 0,7% im Rahmen der budgetären Möglichkeiten wurde von der Bundesregierung mit Ministerratsbeschluss vom 30. November 2010 bekräftigt.

Eine ODA von mindestens 0,7% weisen derzeit nur vier EU-Mitgliedsstaaten auf, nämlich Dänemark, Luxemburg, die Niederlande und Schweden. Das 0,51%-Ziel erreichten im Jahr 2010 neben Österreich auch Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien, Portugal und Griechenland nicht.

Die Diskussion um die Aufbringung von zusätzlichen Finanzmitteln für die EZA ist noch nicht abgeschlossen. Derzeit verhandeln Experten des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) mit dem Bundesministerium für Finanzen

(BMF) über ein Modell für Steuerbegünstigungen für Stiftungen, wenn diese Mittel für EZA-Organisationen spenden.

Zu Frage 7:

Meinungen und Einschätzungen sind nicht Gegenstand des parlamentarischen Interpellationsrechtes.

Zu Frage 8:

Jede Leistung eines Ressorts zur Erhöhung der österreichischen ODA – Gesamtleistungen ist grundsätzlich, sowie im Sinn der Verantwortlichkeit der gesamten Bundesregierung für die EZA zu begrüßen. Der manchmal steigende und manchmal fallende Anteil des BMF an der Gesamt – ODA hängt stark mit den Entschuldungen von Entwicklungsländern zusammen, an denen sich Österreich im Wege des BMF in solidarischer Art und Weise beteiligt.

Die Koordinierung dieser Fragen wird von mir aktiv wahrgenommen und erfolgt z. B. im Rahmen der jährlichen Abstimmung des Dreijahresprogramms zwischen meinem Ressort und den übrigen Ministerien, insbesondere dem BMF.

Zu Frage 9:

Die Forderungen der „Initiative Entwicklung“ sind mir bekannt. Auch ich verstehe Entwicklungszusammenarbeit als internationale Verpflichtung, die darüber hinaus einen integrativen und wichtigen Bestandteil der österreichischen Außenpolitik darstellt.

Im Rahmen der gestaltbaren Entwicklungszusammenarbeit nehmen Programme und Projekte, die Partnerländern direkt zugute kommen, einen wesentlichen Stellenwert ein. Der Kohärenzgedanke sowie der Dialog mit nichtstaatlichen Akteuren, Wissenschaft und Wirtschaft werden von meinem Ressort aktiv verfolgt.

